



WIESBADEN



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 23.08.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 28. August 2012, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- *Es ist vorgesehen die Tagesordnungspunkte 1 bis 3 gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit zu beraten -*

- Nach der gemeinsamen Beratung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 12-V-61-0032 DL 31/12-3

Änderung des Flächennutzungsplanes im Planbereich "Kureck - Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost - Beschluss über die Änderung und die öffentliche Auslegung

2. 12-V-61-0033 DL 31/12-4

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Kureck-Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost
- Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

3. 12-V-61-0015

DL 31/12-2

Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost
- Beschluss über die Ergänzung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

4. 12-F-07-0006

Paulinenhang
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 21.8.2012 -

Im März 2011 wurde der Bebauungsplan „Komponistenviertel“ rechtswirksam. Er enthält auch Festsetzungen für den Paulinenhang. „Die als öffentliche Grünfläche - Parkanlage - Paulinenhang dargestellte Fläche“, heißt es da, „ist als Parkanlage unter Artenschutz- und Denkmalschutzaspekten anzulegen und zu unterhalten.“ Das mit diesen Worten umschriebene Areal steht unter Denkmalschutz.

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

1. was seit dem Februar letzten Jahres geschehen ist, um den im Bebauungsplan gegebenen Auftrag zur Anlegung einer Parkanlage auszuführen, und im besonderen, wie mit der abgesperrten Parkplatzfläche verfahren werden soll;
2. ob es zutreffend ist, daß die Firma IFM diesen Parkplatz als Bauhof oder in anderer Weise bei dem Bauvorhaben Kureck nutzen möchte, ob es in dieser Sache Absprachen zwischen der Verwaltung und der Firma IMF gibt, und wenn ja, wie diese aussehen.

5. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 2.5.2012 und 12.6.2012

6. 12-F-33-0091

Sachstand Neubauprojekt Dantestraße
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 13.8.2012 -

In der Dantestraße mussten ab 2009 Wohnblocks der GWW aufgrund statischer Mängel der Fundamente abgerissen werden. Anstelle der inzwischen abgerissenen Gebäude sollen neue Wohnungen entstehen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- (1) Inhalt und Stand der Planung für die Neubauten an der Dantestraße vorzustellen,
- (2) Auskunft über die Zeitplanung zu geben.

7. 10-F-01-0105

ANLAGE

Car-Sharing in Wiesbaden voranbringen

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 2.5.2012* -

8. 12-F-03-0102

Unterstützung der Mobilitätswoche 2012 vom 16. - 22. September und des Verkehrswendefestes am 23. September 2012

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7.8.2012 -

Auch in diesem Jahr werden sich wieder über 2.200 Städte europaweit an der europäischen Aktionswoche für eine nachhaltige Mobilität beteiligen. Die Beteiligung deutscher Städte lag 2011 bei 50. Im Jahr 2012 ist das Motto der Kampagne „Moving in the right direction!“ („In die richtige Richtung bewegen!“).

Wer möchte nicht in einer Stadt mit sauberer Luft und wenig Verkehrslärm leben?

Dieses Ziel kann Schritt für Schritt erreicht werden. Die Einführung einer Stadtbahn und eine kontinuierliche Verbesserung des Radwegenetzes auf der Grundlage eines zu erstellenden Radverkehrsplans sind Beispiele, wie Wiesbaden sich in die richtige Richtung bewegen könnte. Die unabhängige Bürgerinitiative JES („Jetzt Energie Sparen“) plant mit verschiedenen Partnern, z.B. Grüne, SPD, ADFC, VCD, BUND, Linke und Piraten, zum Abschluss der Mobilitätswoche am Sonntag, 23. September 2012 ein „Verkehrswendefest“ an der Ringkirche. Dies ist mit großem Aufwand und Kosten verbunden, beispielsweise liegt der Kostenvoranschlag für die Straßensperrung bei 1.300 Euro. Finanzielle und ideelle Unterstützung auch seitens der Stadt Wiesbaden wäre dringend geboten.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission im Juli 2012 den Startschuss für eine Kampagne zur Förderung nachhaltiger Mobilität gegeben. Bei der auf drei Jahre angelegten Initiative unter dem Motto „Wähle den richtigen Mix“ geht es darum, die Menschen dazu zu bewegen, unterschiedliche Verkehrsmittel zu nutzen.

Einzelpersonen, nicht-kommerzielle Einrichtungen (Schulen, NGOs, öffentliche Verwaltungen etc.) und kommerzielle Organisationen können, wenn sie an der Kampagne teilnehmen, bis zu 7.000 Euro Fördermittel bei der Europäischen Kommission beantragen.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. die Europäische Mobilitätswoche mit folgenden Maßnahmen zu unterstützen:
 - a. Das Verkehrswendefest der Bürgerinitiative JES wird finanziell und ideell unterstützt.
 - Insbesondere werden die Kosten für die Straßensperrung übernommen und die Straßenschilder bereit gestellt.
 - Das Stadtbahnprojekt wird im Rahmen des Festes vom Dezernat vorgestellt.
 - Die Stadt gibt einen nennenswerten Zuschuss zu den Gesamtkosten.
 - b. Am 23.9. wird parallel zu dem Fest ein autofreier Tag durchgeführt. Anlässlich des autofreien Tages gibt es einen weiteren Probelauf für Elektrobusse mit Publikumsverkehr. Im gesperrten Bereich sind nur emissionsarme Fahrzeuge des Umweltverbundes erlaubt.

- c. Zum Abschluss der diesjährigen „Aktionswoche für eine nachhaltige Mobilität“ wird zusammen mit ESWE-Verkehr am Samstag und Sonntag, 22. und 23. September 2012, die Aktion „Kfz-Schein als Fahrkarte“ durchgeführt.
2. zu prüfen, ob die Landeshauptstadt Wiesbaden selbst Fördermittel im Rahmen der Kampagne der Europäischen Kommission für nachhaltige Mobilität beantragen kann.
3. die oben genannte Kampagne und die damit verbundene Möglichkeit Fördergelder zu beantragen bei Einzelpersonen, nicht-kommerziellen Einrichtungen (Schulen, NGOs, öffentliche Verwaltungen etc.) und kommerziellen Organisationen bekannt zu machen. Dies könnte z.B. kostengünstig mittels einer Mailing-Aktion geschehen.

9. 12-F-08-0092

Neugestaltung bzw. Folgenutzung im „Gerichtsviertel“
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 22.8.2012 -

Angesichts der Entwicklung der privaten Hochschule „European Business School“ möge der Ausschuss PBV beschließen:

Der Magistrat möge Auskunft zu folgenden Fragen geben:

1. Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Neubebauung bzw. Folgenutzung des „Gerichtsviertels“?
2. Wann ist mit dem Abschluss der Neugestaltung und der Nutzung durch die „EBS“ zu rechnen?
3. Wann wird der Magistrat sich um alternative Planungen bemühen, wenn absehbar ist, dass die vorgesehene Nutzung durch die „EBS“ fraglich wird?
4. Was ist an städtischen Mitteln für welche Maßnahmen bereits an die „EBS“ geflossen?

10. 12-F-07-0007

Parkanlage Nerotal
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 21.8.2012 -

Im Januar 2007 hat die Fraktion Bürgerliste Wiesbaden eine Abschirmung des Parks gegen den Parkplatz nahe Weinbergstraße durch eine Hecke angeregt. Im Dezember 2009 beschloß der Ortsbeirat Nordost auf Antrag der CDU, daß dieser Parkplatz „in einen optisch ansprechenden Zustand“ gebracht werden solle.

Der Ausschuß für Planung, Bau und Verkehr hat in einem Beschluß vom 2. November 2010 den Magistrat gebeten, „Planungen vorzulegen, um den vorhandenen Parkplatz im nördlichen Bereich des Nerotals der Parkanlage zuzuschlagen“. Außerdem sollten die verkehrlichen Auswirkungen einer solchen Maßnahme geprüft werden. Bis heute ist in der Sache nichts geschehen.

Der Ausschuß möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die vom Ausschuß gewünschten Planungen und Auskünfte in naher Zukunft vorzulegen.

11. Fahrplanwechsel 2012

- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 28.8.2012. Die Unterlagen werden nachgereicht -*

12. 12-V-61-0025

DL 28/12-4

- Bebauungsplan "Panoramastraße" im Ortsbezirk Dotzheim
- Änderungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

13. 12-V-61-0011

DL 27/12-13

- FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG "Wohngebiet Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt -
Entwurfsbeschluss -

14. 12-F-03-0105

- Kosten für Straßensperrungen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

Veranstalter von nicht-kommerziellen Festen und Traditionsveranstaltungen, wie z.B. Kerben in den Vororten, müssen für Straßensperrungen Umleitungs- und Schilderpläne erstellen. Da sie dazu fachlich oftmals nicht in der Lage sind, müssen sie gegebenenfalls ein Ingenieurbüro beauftragen, das für solche Leistungen zum Teil vierstellige Beträge veranschlagt. Auch die Schilder müssen selbst gestellt werden.

Wir halten dies für eine unnötige Behinderung von ehrenamtlichem BürgerInnenengagement.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,
für nicht-kommerzielle Veranstalter von Festen und Traditionsveranstaltungen, die mit Straßensperrungen verbunden sind, die Kosten für diese zu übernehmen.

15. 12-F-03-0099

Tempo 30 Nachtnetz

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

Tempo 30 reduziert Lärm, Gefahren und Schadstoffe durch den Verkehr.

Für ein nächtliches Tempo 30 spricht insbesondere die Lärmreduzierung für Stadtbewohnerinnen und Bewohner, denn Lärm stört uns im Schlaf besonders. Die durch LKW verursachten Schallpegel würden sich durch Tempo 30 circa halbieren.

In anderen Städten (z.B. Friedrichshafen, Ravensburg, Berlin) werden mit nächtlichem Tempo 30 bereits gute Erfahrungen gemacht. In Berlin wurde auf nächtlich hoch belasteten Straßenabschnitten (insgesamt 55 km) Tempo 30 nachts angeordnet und weitgehend umgesetzt. Dies entspricht 4 Prozent des insgesamt 1.540 km langen übergeordneten Straßennetzes (ohne Autobahn). Neue Anordnungen kommen regelmäßig hinzu.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN haben Anschreiben von Bürgerinnen und Bürgern erreicht, die aus den o.g. Gründen ein nächtliches Tempo 30 fordern.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, für welche Straßen die Einführung eines nächtlichen Tempolimits von 30 km/h in Wiesbaden für einen ungestörteren Nachtschlaf der Anwohnerinnen und Anwohner sinnvoll ist. Insbesondere sind hochbelastete Hauptstraßen wie die Oranienstraße zu betrachten.
2. zu prüfen, wie die Ampelschaltungen nachts zu optimieren sind, was auch bedeuten kann, sie nachts nicht auszuschalten.

16. 12-F-03-0106

Tempo 30 in der Seerobenstraße

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

Tempo 30 verringert die Lärmbelastung und die Gefahren durch den Verkehr. Insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer, wie Kinder und ältere Menschen, reduzieren sich die Gefahren durch ein Tempolimit. Ein weiterer positiver Effekt von Tempo 30 sind geringere Emissionen, insbesondere durch Feinstaub und NOx. Auch das Radfahren ist bei Tempo 30 nachweislich ungefährlicher.

Bürgerinnen und Bürger haben sich mit der Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN in Verbindung gesetzt, die aus den vorgenannten Gründen ein Tempolimit in der Seerobenstraße befürwortet.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

Tempo 30 in der Seerobenstraße einzuführen.

17. 12-F-08-0084

ANLAGE

Stadtvillen am Riederberg
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 15.8.2012 -

- *Weitergeleitet durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Gesundheit* -

18. 12-F-03-0104

Neue Stadtvillen am Riederberg
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

Die Anwohnerinnen und Anwohner verfolgen die Planung des GWW-Projekts „Neue Stadtvillen am Riederberg“ mit Besorgnis. Befürchtet wird ein Gestaltwandel des Viertels, der Verlust eines markanten Baumbestandes, vermehrte Verkehrsbelastung und mehrjährige Baulärmbelästigungen.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

- Den Ausschuss umfassend über die Pläne und Auswirkungen des Projekts „Neue Stadtvillen am Riederberg“ unter Teilnahme von GWW-Vertretern zu informieren.
- Eine Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger durchzuführen und diese im Vorfeld öffentlich anzukündigen.

19. 12-F-03-0101

Drohende Finanzierungspässe Umweltverbund
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

Die Rahmenbedingungen für den Ausbau des sogenannten Umweltverbundes, d.h. des Rad- und Fußgängerverkehrs sowie des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), werden schlechter:

- Das Bundesverkehrsministerium sieht einerseits vor, den Anteil des Radverkehrs bis 2020 von derzeit durchschnittlich 11 auf 16 Prozent am Gesamtverkehr zu steigern. Andererseits plant das Ministerium eine Halbierung des Radverkehrsetats von 100 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 50 Mio. Euro in den kommenden Jahren.
- Das Bundesprogramm zur Förderung des kommunalen Nahverkehrs mit jährlich 330 Mio. Euro läuft 2019 aus. Die Zweckbindung der Bundeszuschüsse für den Verkehr für Landesprogramme von jährlich 1,3 Mrd. Euro soll am 1. Januar 2014 bereits aufgehoben werden.
- Der Entwurf der Novelle des hessischen ÖPNV- Gesetzes enthält Bestimmungen, die die kommunale Selbstverwaltung einschränken. Außerdem will das Land sich wieder nicht an der Finanzierung des ÖPNV beteiligen - und dies vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen der Bundesgelder.

Der Ausschuss möge daher beschließen,
der Magistrat wird gebeten,

- a. alle sich ihm bietenden Kontakte und Möglichkeiten zu nutzen, z.B. im Rahmen des Städtetags, sich dafür einzusetzen, dass die geplante Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Umweltverbund nicht umgesetzt werden und die Finanzierung des Radverkehrs und des ÖPNV in Zukunft ausgebaut und nicht gekürzt wird.
- b. sicherzustellen, dass der derzeit gültige Nahverkehrsplan betrieblich umgesetzt wird und dafür zu sorgen, dass die dafür nötigen finanziellen Mittel im Rahmen des Konzerns der Stadt Wiesbaden bereitgestellt werden.

20. 12-F-03-0103

Kreuzung Konrad-Zuse-Straße / Daimlerring
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

In der lokalen Berichterstattung ist der Streit zwischen Nordenstadts Ortsvorsteher Rainer Pfeifer (CDU) und der Verkehrsdezernentin Sigrid Möricke (SPD) um die gefährliche Kreuzung Konrad-Zuse-Straße / Daimlerring zu verfolgen. Die Auseinandersetzung wird seitens der antragstellenden Fraktion nicht als zielführend betrachtet. Statt dessen sollten alle Seiten an konstruktiven Lösungen arbeiten und diese gemeinsam umsetzen.

Der Ausschuss möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten,

über den Sachstand der Maßnahmen an der Kreuzung Konrad-Zuse-Straße / Daimlerring zur Entschärfung der Unfallgefahr zu berichten.

21. 12-F-03-0100

Autobahnanschluss Gewerbegebiet Petersweg
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.8.2012 -

Um die Verkehrsbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner möglichst gering zu halten, muss ein weiterer Autobahnanschluss des Gewerbegebiets Petersweg-Ost eingerichtet werden. Da die Besiedlung des Gewerbegebietes noch lange nicht abgeschlossen ist, das Verkehrsaufkommen aber bereits derzeit in Stoßzeiten zu hoch für die vorhandene Infrastruktur ist, wäre ein weiterer Anschluss der Boelckestraße an die A 671 vonnöten.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

- In Verhandlungen mit dem Land Hessen und dem Bund zu treten,
 - um die Einrichtung eines weiteren Autobahnanschlusses der Boelckestraße an die A 671 zu erreichen.

22. 12-F-08-0090

Parkplatzsituation am Campus „Unter den Eichen“ der Hochschule RheinMain
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 22.8.2012 -

Am Standort „Unter den Eichen 5“ befindet sich der Campus der Hochschule RheinMain für den Fachbereich Design Informatik Medien. Mittlerweile studieren an diesem Fachbereich rund 1800 Studierende. Die Parkplatzsituation ist in diesem Bereich sehr angespannt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

1. Wie viele Stellplätze sind für die Hochschule RheinMain am Standort „Unter den Eichen“ an welchen Stellen ausgewiesen?
2. Wie viele Stellplätze sind für die dort in unmittelbarer Nähe vorhandenen Firmen an welchen Stellen ausgewiesen?
3. Welche rechtlichen Festlegungen (Stellplatzsatzung etc.) gelten für die Ausweisung von ausreichend Stellplätzen für die Hochschule und die Firmen an diesem Standort?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, der Parkplatznot an dieser Stelle entgegen zu wirken?

23. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 11-F-08-0044

ANLAGE

Beteiligung der Ortsbeiräte
- *Bericht des Dezernates IV vom 1.8.2012* -

2. 11-F-33-0027

ANLAGE

Parkplatzsituation Welfenstraße / Berufschulzentrum
- *Bericht des Dezernates IV vom 25.6.2012* -

3. 12-F-03-0009

ANLAGE

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Hauptbahnhof
- *Bericht des Dezernates IV vom 30.7.2012* -

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 4. | 12-F-03-0037 | ANLAGE |
| | RMV-Tarife
<i>- Bericht des Dezernates IV vom 5.6.2012 -</i> | |
| 5. | 12-F-33-0023 | ANLAGE |
| | "Linden-Dreieck" Lahnstraße / Fasaneriestraße
<i>- Bericht des Dezernates IV vom 15.6.2012 -</i> | |
| 6. | 12-V-01-0011 | DL 25/12-2 |
| | Beschluss einer Ordnung für den Gestaltungsbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden | |
| 7. | 12-V-05-0004 | DL 26/12-1 |
| | Umgestaltung Schulhof Goetheschule, Bauabschnitt II | |
| 8. | 12-V-20-0028 | DL 25/12-4 |
| | Investitionscontrolling 1. Quartal 2012 | |
| 9. | 12-V-20-0029 | DL 26/12-3 |
| | Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 10. | 12-V-20-0030 | DL 27/12-4 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |
| 11. | 12-V-20-0043 | DL 27/12-5 |
| | Investitionscontrolling 2. Quartal 2012 | |
| 12. | 12-V-20-0047 | DL 27/12-6 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2012 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |

13. 12-V-31-0001 **DL 26/12-5**

Projekt "Schnelligkeit, Sicherheit und Sauberkeit im Buslinienverkehr"

14. 12-V-63-0011 **DL 27/12-14**

31. Jahrestagung der AG "Kommunale Denkmalpflege" des Deutschen Städtetages in Wiesbaden

15. 12-V-63-0001 **DL 28/12-5**

Vorabfreigabe der Zuschüsse zur Unterstützung privater Denkmalpflege-Projekte

16. 12-V-80-2316 **DL 26/12-2 NÖ**

Verkauf des Grundstücks Mainzer Straße 97 in Wiesbaden

17. 12-V-80-2319 **DL 28/12-1 NÖ**

Verzeichnis der vom 1. April 2012 bis 30. Juni 2012 genehmigten Grundstücksvorlagen

18. 12-V-82-0005 **DL 30/12-7, 29/12-7**

Sanierung Weinbergmauer 17 - 23, Wiesbaden Sanierung der hangseitigen (nördlichen Grenzwand)

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender